

Zeigt Kohl
die rote Karte

Bezahlbare Wohnungen für alle!

Eine Wohnung braucht jeder Mensch. Aber nicht einmal dieses Grundbedürfnis kann der real existierende BRD-Kapitalismus befriedigen. In einem der reichsten Länder der Welt fehlen drei Millionen Wohnungen, eine Million Menschen sind obdachlos.

Sozialistische Alternative
VORAN - SAV



Die Sozialistische Alternative VORAN - SAV fordert:

- ★ **Sofortiger Mietpreisstop.** Begrenzung der Warmmieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ **Verbot von Maklertätigkeit.** Kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ **Rücknahme aller Verschlechterungen des Mietrechts**
- ★ **Überführung aller Wohnungen in Gemeineigentum, die aus spekulativen Gründen leerstehen und Vermittlung an Wohnungssuchende. Legalisierung aller Besetzungen leerstehender Häuser und Wohnungen**
- ★ **Einstellung aller arbeitslosen Bauarbeiter**
- ★ **Umfassende Sanierung von Altbauwohnungen unter Beteiligung der Mieter**
- ★ **Staatliches Wohnungsbauprogramm zur Schaffung von einer Million menschenwürdigen und bezahlbaren Wohnungen jährlich, bis die Wohnungsnot beseitigt ist**
- ★ **Überführung von Grund und Boden in bebauungsgebieten in Gemeineigentum. Enteignung aller Spekulanten, Besitzer großer Wohnungsbestände und Großgrundbesitzer. Entschädigung nur auf der Grundlage erwiesener Bedürftigkeit**
- ★ **Verstaatlichung aller Banken, Versicherungen und großen Baugesellschaften. Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten**

Wählen reicht nicht - werde aktiv bei der SAV!

6 Millionen Arbeitslose, Sozialabbau, millionenfache Obdachlosigkeit und Armut, Terror von Neonazis - Kohls Rechtsfront gehört abgewählt. Eine Linksfront aus SPD und PDS mit linker Politik wäre die zur Zeit günstigste Alternative zur Kohl-Regierung. Aber sie muß eine radikal andere Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend machen.

Die Unternehmer haben 700 Milliarden DM auf der hohen Kante. Die Banken verdienen sich dumm und dämlich. 85 Milliarden in Deutschland besitzen 249 Milliarden DM. Diese Macht muß gebrochen werden. Das erfordert Kampf. Keine der linken Parteien ist dazu bereit. Wir warnen davor, daß sie nach der Wahl die Politik der Kohl-Regierung ähnlich fortsetzen.

Wir müssen uns organisieren, unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen und Druck auf SPD, PDS und Gewerkschaften machen. Wir wollen keine abgehobenen Funktionäre in den Führungen dieser Organisationen. Sie sollen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn!

Die Sozialistische Alternative VORAN - SAV ist eine politische Kampforganisation. Wir wollen weder die Diktatur des Kapitals noch die Diktatur von Staatsbürokraten. Wir kämpfen für eine sozialistische Demokratie, in der die arbeitende Bevölkerung bestimmt, wo es langgeht.

- Schickt mir weitere Informationen über Eure Arbeit und Eure Politik
- Ich will Mitglied der Sozialistischen Alternative VORAN werden

Name, Adresse, Telefon

Ausschneiden und schicken an: Sozialistische
Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
☎ 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Eine Million bezahlbare Wohnungen jährlich

12 Jahre Kohl sind genug

1982 löste Kohl & seine Gang die SPD/FDP-Koalition ab. „Weniger Mieterschutz und höhere Mieten schaffen mehr neue Mietwohnungen“, so tönte der Ex-Bundesbauminister Schneider. Höhere Mieten haben wir bekommen – ausreichend Wohnungen nicht. Der Wohnungsbau sank in den 80er Jahren auf ein Rekordtiefe. 1994 sollen zwar 500 000 Wohnungen gebaut werden. Doch das ist viel zu wenig und deren Mieten sind zu teuer.

Wohnungsnot wird gemacht

Die Wohnungsnot wurde von der Kohl-Regierung bewußt geschaffen. Zur Verknappung des Wohnraums stellte der Bund Mitte der 80er Jahre die Förderung des sozialen Wohnungsbaus ein. Die Rechte der Mieter wurden drastisch verschlechtert. Nur dank dem Mangel an Wohnraum können Makler und Miethäuser uns zwingen, 20-30 Mark pro m² zu berappen. Und für die Vermittlung einer Wohnung sind Maklergebühren von 2000 bis 3000 DM oder mehr üblich. Das ist Wucher – aber ganz legal. Weitere Folgen der Wohnungs(ab)baupolitik:

- Jährlich fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung

raus als neue gebaut werden.

- Jährlich gehen 100 000 Wohnungen der unteren Preisklasse durch Abbruch, Zusammenlegung oder Zweckentfremdung verloren.
- In den letzten zehn Jahren sind die Mieten doppelt so stark gestiegen, wie die übrigen Preise.
- In Ostdeutschland gibt es heute Westmieten, aber Ostlöhne. Trotz einer Million fehlender Wohnungen beschränkt sich der Bauboom Ost vorwiegend auf Straßen und Hotels. 100 000 Wohnungen mit Platz für eine Viertel Millionen Menschen stehen leer. Nach einer Sanierung sind Wohnungen für die Mieter oft unbezahlbar.

Schon gewußt?

Der Quadratmeterpreis für Wohngrundstücke ist in der BRD zwischen 1950 und 1989 um das 38fache gestiegen!

Marktwirtschaft = Murkswirtschaft

Die Wohnungsnot ist das beste Beispiel dafür, wie der Markt (nicht) funktioniert. Die Mieten stehen in keinem Verhältnis zu den Kosten für Baumaterial und Löhne der Bauarbeiter. Der Grund: Für Wohnungsbau braucht man Boden. Natürlich gibt es keinen Quadratmeter Boden, der nicht irgendwem gehört. Die Besitzer, meist Banken, Versicherungen und Immobilienkonzerne, treiben die Bodenpreise in die Höhe. In den Ballungszentren geht die Hälfte der Baukosten nur für den Kauf des Baulandes drauf. Dann halten die Banken noch einmal bei den Zinsen für das eingesetzte Kapital die Hand auf. Die Kostenmiete im sozialen Wohnungsbau besteht zu ¾ aus Zinsen für das beim Bau aufgewendete Kapital. Die großen Kapitaleigentümer (Banken, Versicherungen) kassieren so den größten Teil der Miete.

Um Preise und Profite in die Höhe zu treiben, wird mit Bauland spekuliert, Wohnungen und Büroräume stehen als Spekulationsobjekte leer. In Frankfurt bleiben derzeit 480 000 Quadratmeter Bürofläche ungenutzt, während Obdachlose in Zelten und unter Brücken hausen müssen. Statt Wohnungen werden neue Versicherungspaläste,

Bank- und Bürohochhäuser gebaut. Dafür werden ganze Straßenzüge aufgekauft, alteingesessene Mieter rausgeekelt und Wohnraum abgerissen.

Damit der Mieter auch in Zukunft als Goldesel funktioniert, sollen weiter zu wenig Wohnungen gebaut werden. Das Ifo-Institut erwartet ab 1995 einen Rückgang des Wohnungsbaus, weil das Realeinkommen sinkt und der Leerstand teurer Wohnungen die Bautätigkeit drückt. Doch bis zum Jahr 2000 wird die Bevölkerung um ca. 3 Millionen wachsen und die Zahl der Personen pro Haushalt sinken. Gleichzeitig sind zehntausende Bauarbeiter arbeitslos.

Wo eine Villa ist, ist auch ein Weg

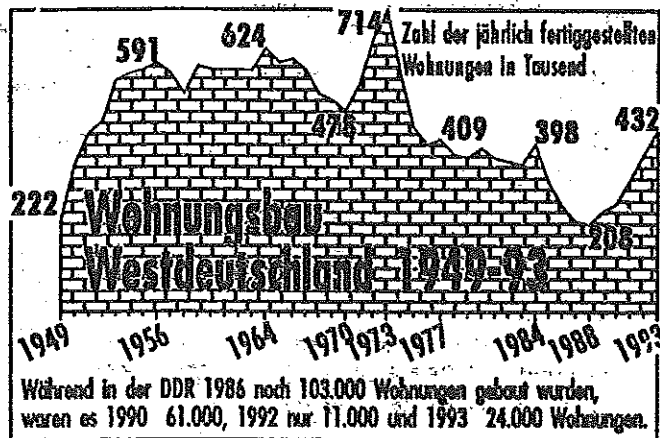
Die Kohl-Regierung hat abgewirtschaftet. Aber auch eine SPD-Regierung ist keine Garantie für Verbesserungen. Nach 13 Jahren SPD/FDP-Bundesregierung fehlten schon 1982 eine Million Wohnungen in der BRD. Auch SPD-Ministern muß jede Reform abgetrotzt werden.

Wir brauchen ein staatliches Wohnungsbauprogramm, das eine Million Wohnungen im Jahr schafft bis die Wohnungsnot beseitigt ist. Geld ist genug da. Die Banken haben in den letzten fünf Jahren Rekordgewinne eingefahren. Die fünf größten Banken erwirtschafteten '93 ein Betriebsergebnis von 10,6 Milliarden. In Deutschland gibt es 85 Milliarden. Sie sitzen auf einem Vermögen von 249 Milliarden DM.

Wenn Banken, Bodenspekulanten und Baulöwen dabei nicht mitmachen, gehören die Banken verstaatlicht und die Spekulanten enteignet.

Mietenexplosion

Seit Ende 1990 sind die Mietkosten (einschließlich der Mietnebenkosten) in Ostdeutschland auf dem Niveau von 1970 bis 10-fach gestiegen.



Zum Vergleich

Baulöwe Schneider setzt 6 Milliarden DM Kredit für Prestigeobjekte in den Sand. Mit dem gleichen Geld hätten 20 000 Wohnungen gebaut werden können!